

Diskussion (Arbeitsgruppe 3/Runde 1)

Sepp Kolbach: Ich bin schon seit 18 Jahren Rentner. Frau Marßolek, was sagen sie dazu, wenn beim DGB-Bundesvorstand die Abteilung Frauen aufgelöst und in der DGB-Satzung die Vertretung der Frauen gestrichen wird?

Inge Marßolek: Ich denke, dass Frau Engelen-Kefer darüber besser Bescheid weiß, ich will es aber trotzdem noch einmal verdeutlichen: Dass es eine Abteilung Frauen gibt, ist auch ein Zeichen dafür, dass die Frauen eben nicht die gleichberechtigte Position in der Gewerkschaft haben und das ist der eigentliche Skandal. Und das betrifft ja nicht nur die Gewerkschaften. Dass Gleichstellungsbeauftragte in dieser Gesellschaft tatsächlich noch notwendig sind, ist auch ein Skandal.

Ursula Engelen-Kefer: Ja, ich kann dem zustimmen. Es wäre am schönsten, wenn wir keine Abteilung Frauen brauchten, sondern die Frauenpolitik ganz selbstverständlich ein Teil der

gesamten Gewerkschaftspolitik wäre. Aber ich denke, und das darf ich mir zumindest für meine Amtszeit auf die Fahnen schreiben, dass wir versucht haben, die Frauenpolitik aus ihrem isolierten Dasein herauszubringen.

Die deutsche Einheit hat uns in Deutschland insgesamt nicht mehr Gleichberechtigung und gleiche Chancen gebracht, sondern eher umgekehrt. Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir jetzt wieder um 10 Jahre zurückgeworfen sind. Aber es gibt die Abteilung Frauen noch, da kann ich den Kollegen beruhigen. Mir sind auch keine Pläne bekannt, wonach sie geschlossen werden soll.

Michael Wendl: Wissenschaftliche Konferenzen sind ja deswegen so interessant, weil man als Gewerkschafter erfährt, was die Wissenschaft eigentlich über die Entwicklung der Gewerkschaften herausbekommen hat. Klaus Tenfelde hat die These aufgestellt, dass die politische Diktatur des realen Sozialismus ein wichtiger Verbündeter der Gewerkschaften beim Ausbau des westdeutschen Sozialstaates war. Das halte ich in der Pauschalität für falsch. Sicherlich hat die Systemauseinandersetzung wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen in Westdeutschland begünstigt, aber deren zentrale Grundlage scheinen mir einerseits hohe Wachstumsraten gewesen zu sein, andererseits eine wirtschaftspolitische Konzeption, die mit dem Namen Keynes verbunden wird.

Einiges von dem, was Inge Marßolek formuliert hat, scheint mir aus dem Blickwinkel der sozialen Mittelklasse gesehen zu sein, die andere Wahrnehmungen von ökonomischen und politischen Entwicklungen hat als Teile der Gewerkschaften, wie sie zum Beispiel durch Bauarbeiter eines Kernkraftwerkes repräsentiert werden. Dass es in der Entwicklung der Bundesrepublik eine soziale Ausdifferenzierung gibt zwischen dem, was man früher noch als Arbeiterklasse bezeichnet hat, und den Mittelklassen, und dass es aus unterschiedlichen Interessen heraus auch zu Konflikten und Gegensätzen kommt, das scheint mir bei ihrer Analyse unter den Tisch gefallen zu sein. Ich glaube, dass all die neuen sozialen Bewegungen genauso wie die Gewerkschaften in diesen Fragen partikulare Interessen vertreten haben.

Klaus Tenfelde: Mir ist selbstverständlich deutlich, dass der Sozialstaat andere Wurzeln hat. Wenn man ihn denn mit Bismarck beginnen lassen wollte, dann würde man vielleicht auch noch auf ganz andere Gedanken kommen und ihn nicht nur notwendig mit wirtschaftlichem Wachstum verbinden, sondern auch mit der Pazifizierung und Zähmung des Kapitalismus. Es ist kein Zufall, dass der Sozialstaat mit der fundamentalen Veränderung der weltpolitischen Konstellation 1990 in eine Defensivlage hineingeraten ist und dass seitdem Konzepte, die man als grundlegend wahrgenommen hatte, etwa keynesianische Steuerungspolitik, an den Pranger gestellt werden.

Inge Marßolek: Einverstanden, Gewerkschaften wie neue soziale Bewegungen vertreten auch Partikularinteressen, nehmen andererseits für sich in Anspruch, auch übergeordnete emanzipatorische Interessen zu vertreten. Da ich hier auf einer Konferenz bin, die der DGB organisiert, habe ich diesen Blickwinkel stärker betont. Ich bin schon der Meinung, dass die Gewerkschaften vielleicht etwas diskursiver, auch etwas selbst-reflexiver mit solchen Herausforderungen umgehen sollten und könnten.

Horst Klaus: Ich habe vermisst, dass Inge Marßolek nicht stärker auf das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung eingegangen ist. Ich denke, die Gewerkschaften können für sich in Anspruch nehmen, früher als andere die Konversionsproblematik aufge-

griffen zu haben. Ein anderes Stichwort: Rentner. Ich bin der Meinung, dass die Gewerkschaften ihre Rolle als Vertretung der Rentner überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Dabei sind sie die größte Rentnerorganisation in der Bundesrepublik. In den DGB-Gewerkschaften gibt es inzwischen eineinhalb Millionen Rentner. Sie haben ein Interesse daran, dass das, was sie in 50 Jahren gewerkschaftlicher Arbeit mit erkämpft und errungen haben, verteidigt wird.

Susanne Kreuzer: Ich bin Historikerin und arbeite zur Geschichte der ÖTV-Frauenpolitik. Ich wüsste gerne von Inge Marßolek, ob sie sich das Verhältnis von DGB und Frauenbewegung genauer angeschaut hat. Können Sie Phasen der Entwicklung beschreiben? Ab wann gibt es eine Annäherung? Wie entwickelte sich das Verhältnis?

Inge Marßolek: Ich habe die Friedensbewegung ausschließlich aus Zeitgründen außen vor gelassen. Die Gewerkschaften hatten es mit der Friedensbewegung etwas leichter, liegt deren Thema doch eher in der Tradition gewerkschaftlicher Politik. Bei der Friedensbewegung spielte die Angst vor der kommunistischen Unterwanderung immer eine besondere Rolle. Das war die Hauptlinie der Abgrenzung. In der Frauenfrage, habe ich den Eindruck, ist tatsächlich erst Ende der achtziger Jahre etwas in Bewegung gekommen. Das trifft aber nicht nur die Gewerkschaften, sondern die Gesellschaft allgemein. Erst Ende der achtziger Jahre hat die Institutionalisierung eingesetzt, mit Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten usw. Heute haben wir uns zu fragen: Gibt es die Frauenbewegung überhaupt noch?

Klaus Tenfelde: Das Verhältnis von Gewerkschaften und Frauenbewegung ist im historischen Rückblick lehrreich, weil man daran zeigen kann, dass dabei immer der gewerkschaftliche Dachverband innovativ gewesen ist, während die einzelnen Verbände retardierende Kräfte waren. Das lenkt mich auf mein Problem zurück: den Verlust des DGB als Innovationskraft, insofern wir uns in einem Jahrzehnt des Rückbaus des Dachverbandes befinden. Ich will dies an einem Beispiel ganz deutlich machen: Carl Legien, der erste Vorsitzende der Generalkommission, hat von Anfang an mit aller Kraft die Frauenorganisation vorangetrieben und sich bei den Metallarbeitern, den Holzarbeitern, den Bergarbeitern, die Zähne dabei ausgebissen. Dieses innovative Denken im Hinblick auf die Frauenarbeit kam von der Spitze der Dachverbände, nicht von den tarifpolitischen Auseinandersetzungen in den einzelnen Verbänden. Deswegen befürchte ich, dass mit der gegenwärtigen Tendenz des fortwährenden Rückbaus des Dachverbandes eine unabhängige Instanz verloren geht und dass man sich in der tarifpolitischen Voreingenommenheit der Verbände sozusagen gewerkschaftspolitisch verliert.

Detlef Hensche: Ich stimme der These zu, aber ich würde gerne differenzieren. Wenn wir über diese Themen diskutieren, unterstellen wir in der Tat einen Anspruch und ein Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften, ein Allgemeininteresse wahrzunehmen. Ich halte das für richtig und für bitter notwendig. Aber es klafft offenkundig ein Widerspruch zwischen diesem selbstgesetzten Anspruch, mit dem wir normativ nach außen hervortreten und der praktischen konkreten Politik. In der Frauenpolitik ist das eindeutig, da muss man nicht drumherum reden.

Ein andere Punkt: Ich sehe in der Tat Gefahren, dass die Gewerkschaften der Versuchung erliegen könnten, in standespolitischer Manier die Interessen derer wahrzunehmen, die drinnen sind oder eines bestimmten Typs derer, die drinnen sind, nämlich des männlichen

Vollzeiterwerbstätigen. Man muss schon mit Sorge betrachten, dass die Instanz, die in der Tat die Verallgemeinerung von Interessen leisten müsste, nämlich der DGB, tendenziell unter Schwäche leidet. Und wir alle, wir Gewerkschaften, treiben das Spiel hinter dem Rücken des DGB selbst weiter. Ich halte es für dringend geboten, eine Debatte über die Reform des DGB und dessen Autorität und Verallgemeinerungsfähigkeit ins Werk zu setzen, weil anders ja nicht nur einzelbetriebliche sondern auch Standortinteressen und Brancheninteressen überhand nehmen könnten, denen Einzelgewerkschaften oftmals nicht standhalten können.

Klaus Mehrens: Ich möchte zunächst die Debatte über Gewerkschaften und Frauenfrage durch eine kleine Anmerkung vervollkommen: Die IG Metall hat es in der vergangenen Woche nach zehnjähriger Debatte geschafft, die Quote in ihre Satzung aufzunehmen, nachdem das auf zwei Gewerkschaftstagen schief gegangen war. Ich würde nicht sagen, dass das Thema damit erledigt ist. Die sozialen Bewegungen haben natürlich - wenn auch begrenzt und isoliert - utopischen Charakter gehabt und sie haben diesen utopischen Charakter auch in die Gewerkschaften hineingetragen. Ich bin damals an diesen Diskussionen intensiv und ausführlich beteiligt gewesen, zum Beispiel im Rüstungsbereich. Natürlich stand der Gedanke dahinter, wir können mit wesentlich weniger Rüstung leben. Daher stammt ja die Konversionsbewegung. Die Auseinandersetzung mit den sozialen Bewegungen hat dazu geführt, dass die gewerkschaftliche Programmatik und auch das tägliche Handeln stärker utopischen Charakter gewonnen haben. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, welchen utopischen Charakter hat Politik heute überhaupt? Und: Ist es prinzipiell möglich, dass die Gewerkschaften sich an die Spitze der Utopie-Bewegung setzen? Wie können wir eine neue Zukunftsdebatte in Gang setzen, vor allem eine, die Aussicht auf Erfolg hat?

Frank Spieth: Welche Rolle wollen die Gewerkschaften dem DGB zukünftig geben? Gegenwärtig wird darüber nachgedacht, dass die politische Willensbildung im DGB zukünftig in den Gewerkschaften stattfinden soll und auf der Bundesebene zusammengeführt wird. Eine politische Willensbildung von unten nach oben wäre dann im DGB nicht mehr möglich. Den DGB als politische Organisation würde es dann nicht mehr geben. Das ist nach meiner Auffassung ein verheerender Prozess, weil damit die endgültige Beerdigung der politischen Einheitsgewerkschaft DGB ins Auge gefasst wird. Dieses Problem müsste entschiedener diskutiert werden, als es gegenwärtig geschieht.

Ein zweiter Punkt: Was tun die Gewerkschaften jenseits plakativer Erklärungen konkret zur Unterstützung der Arbeitslosen? Am 29. Oktober, am so genannten Weltspartag, werden die Arbeitsloseninitiativen deutschlandweit tätig. Der DGB nimmt es nicht wahr, weigert sich sogar kategorisch, die Arbeitsloseninitiativen an diesem Tag durch konkrete Aktionen zu unterstützen. Konsequenz daraus wird sein - und das ist genau das gleiche Phänomen, das wir bei anderen Bewegungen schon hatten -, dass sie sich verselbständigen und im DGB nicht mehr ihre Interessenvertretung sehen. Ähnlich ist es bei den Rentnern, die seit Jahren darum kämpfen, im DGB endlich eine Stimme zu bekommen.

Wolfgang Streeck: Eine ganz kurze Bemerkung: Die wichtigste neue soziale Bewegung ist die Jugend, die zugleich auch der wichtigste Utopie-Träger ist. Utopien haben immer etwas mit Generationswandel zu tun. Rentner eignen sich dafür in den meisten Gesellschaften weniger. Zur Zeit sind 6 Prozent der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften unter 25 Jahre alt. Ich würde dringend raten, angesichts dieses Zusammenhangs etwas weniger darüber nach-

zudenken, was in den siebziger und achtziger Jahren gegenüber der Friedensbewegung passiert ist, und mehr darüber, was gegenüber der realen sozialen Bewegung des Generationenwandels heute geschieht. Dabei würde ich auch unsere Generation, die wir nun schon etwas in die Jahre gekommen sind, eher von der Utopie-Verpflichtung ausnehmen und vorschlagen, sich anzugucken, wie die tatsächlichen Lebensverhältnisse der jungen Menschen heute aussehen und welche Bedürfnisse, Verpflichtungen und Perspektiven daraus erwachsen, die die Jungen selbst artikulieren sollten, auch innerhalb der Gewerkschaften. Aber dazu müssten die sich, glaube ich, ein bisschen ändern.

Hartmut Limbeck: Was Deregulierung und Wettbewerb angeht, gibt es eine neue Qualität in dieser Republik. Bestes Beispiel ist der Energiemarkt. Dort wird der niedrige Strompreis favorisiert. Dieses Ziel wird auch von den sozialen Bewegungen nicht in Frage gestellt, außer von den Gewerkschaften. Darüber würde ich mir eine intensive Diskussion sowohl im DGB als auch mit den sozialen Bewegungen wünschen, die die Frage aufgreift: Wo müssen in dieser Gesellschaft Markt und Wettbewerb begrenzt werden, welche Regulierungsbedarfe haben wir eigentlich?

Klaus Tenfelde: Ich wollte nicht alle Probleme der Gewerkschaften auf den DGB konzentrieren. Damit löst man den Reformbedarf nicht. Allerdings sehe ich eine Gefahr darin, einen historisch relativ starken Dachverband zu verlieren. Das ist umso bedauerlicher, als es Notwendigkeiten, Perspektiven von gewerkschaftlicher Politik gibt, die sich durch Einzelverbände nicht hinreichend erfassen lassen. Hierzu gehören Mitbestimmung, Visionsbildung. Ich bedauere sehr, dass dem DGB anscheinend die Zuständigkeit für den Rechtsschutz genommen werden soll. Ich finde, dass damit eine zentrale, DGB-orientierende und nach außen wirkende Kompetenz, übrigens auch eine Professionalisierungsstrategie in arbeitsrechtlicher Hinsicht, leichtfertig verschenkt wird. Auch der Generationenbezug gewerkschaftlicher Politik ist insbesondere im Dachverband zuhause. Und es ist sehr schade, dass der DGB offenkundig nicht mehr die Kraft hat, allein aus finanziellen Gründen, hier kräftig wirksam zu werden.

Inge Marßolek: Die Frage ist, ob es überhaupt noch Kollektivutopien in dieser individualisierten Gesellschaft geben wird. Zur Zeit sehe ich sie nicht. Wenn man die Jugend ansieht, erkennt man sehr viele sich auseinander differenzierende Zukunftsentwürfe und Lebensstile. Und ich glaube, das ist genau das Problem, das die Gewerkschaften haben: Die Gewerkschaften wissen zum Teil überhaupt nicht mehr, welche Lebensstile und Optionen in der Jugend vorherrschen.